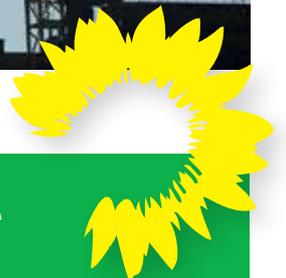




BIELEFELD NACHHALTIG ENTWICKELN



Luttersanierung:
**Platanen
retten**

Bund & Land:
**Günstig und
gemeinnützig bauen**

Konversion:
**Chancen für die
ganze Stadt**

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser,

druckfrisch haltet ihr nun unsere Sommer-**Big** 2016 in den Händen. Unser Schwerpunktthema diesmal: Stadtentwicklung. Besonders im Hinblick auf (sozialen) Wohnungsbau wird dieses Thema seit einigen Monaten kritisch in der Bielefelder Stadtgesellschaft diskutiert. Denn Prognosen der NRW-Bank gehen davon aus, dass Bielefeld stetig wächst. Ein wichtiger Faktor dabei ist der Zuzug von Geflüchteten, denen dringend Wohnraum zur Verfügung gestellt werden musste und weiterhin muss. Bereits in den ersten Monaten des Jahres stimmten Ausschüsse und

Stadtrat mit der Mehrheit der Paprika-Koalition der Ausweisung neuer Flächen für den sozialen Wohnungsbau zu. Für GRÜNE war dies keine leichte Entscheidung! Eine Maxime GRÜNER Stadtentwicklungspolitik ist schließlich den Flächenfraß zu begrenzen. Dieses Spannungsfeld ist Thema unserer Schwerpunkt-Artikel. Während **Ulrich Burmeister** in seinem Beitrag ausführt, dass bei einem Bedarf von Wohnbau land in der Größenordnung von mehreren 100 Hektar Qualitätsstandards von größter Bedeutung sind, gibt **Rainer Hahn** zu bedenken, dass eine Prognose schließlich nur eine Prognose und Aktionismus nicht angebracht ist.

Norbert Müller, ehemaliger Geschäftsführer der BGW, geht in seinem Gastbeitrag auf die entstehenden Chancen ein, die es für ein positives, offenes Selbstverständnis als Schmelztiegel Stadt zu nutzen gilt.

Selbstverständlich kommen wir in einer Stadtentwicklungs-**Big** nicht um das Thema Konversion herum: Fraktionsmitarbeiterin **Silvia Bose** führte ein Interview mit **Marc Burauen**, der Mitglied der „Steuerungsgruppe Konversion“ ist.

Dieses und vieles mehr findet ihr in dieser **Big**! Während wir dieses Editorial schreiben, versuchen wir wie viele andere, die noch ganz frische Nachricht vom Brexit zu verarbeiten. Entgegen aller Hoffnung hat die Bevölkerung in Großbritannien sich dafür ausgesprochen, die EU zu verlassen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Auswirkungen kaum zu überblicken und es bleibt abzuwarten, welche der zahlreichen Prognosen sich bestätigen wird. Auch im Kreisverband möchten wir dieses zukunftsweisende Thema diskutieren und ein Mitgliederforum nach den Sommerferien anbieten. Über die Details informieren wir in den kommenden Wochen über die üblichen Kanäle.

Sicher ist: Es ist und bleibt eine umtriebige Zeit!

Dennoch wünsche ich Euch eine ruhige Sommerzeit und hoffe Euch zahlreich bei unserem Sommerfest am 27.8. zu treffen!

Herzliche Grüße,
Lisa Waimann

Inhaltsverzeichnis

- 3 **Magazin**
- 4 **Schmelztiegel Stadt**
ein Gastbeitrag von Norbert Müller
- 6 **Wohnungsbau: Nicht mehr als eine Prognose**
von Rainer Hahn
- 7 **Making Heimat in Bielefeld**
ein Gastbeitrag von Ulrich Burmeister
- 8 **Konversion: Zum Wohl der ganzen Stadt**
ein Interview mit Marc Burauen
- 9 **B66n - Endlich in die Ablage**
von Doris Hellweg
- 10 **Gemeinnütziger Wohnungsbau**
von Britta Haßelmann
- 11 **Sozialer Wohnungsbau in NRW**
von Matthe Bolte
- 12 **Luttersanierung I: Eine schwierige Entscheidung**
von Anja Ritschel
- 13 **Luttersanierung II: Platanen erhalten**
von Gerd-Peter Grün und Klaus Rees
- 14 **Cem Özdemir zu Besuch in Bielefeld**
von Klaus Rees und Lisa Waimann
- 15 **Kommunale Splitter**
- 16 **Zwei neue Schulen in Bielefeld**
von Gerd-Peter Grün
- 16 **LWL in Kürze**
von Jens Brunicki
- 17 **Mensch Matthe**
- 18 **Britta Splitter**
- 19 **GRÜNE Jugend: Der Bielefelder CSD**
- 20 **Termine**

Impressum

Herausgeber
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bielefeld
Wahlkreisbüro Britta Haßelmann (MdB)
Wahlkreisbüro Matthe Bolte (MGL)
Alle: Kavalleriestr. 26, 33602 Bielefeld
Ratsfraktion: Niederwall 25, 33602 Bielefeld
Redaktion: Claudia Heidsiek, Gaby Grosser, Klaus Rees,
Lisa Waimann, Michael Basten, Michael Gorny,
Mouna Willmann, Silvia Bose, Katrin Kuhaupt
Druck: anzeigen&mehr
Fotos: fotolia.de, istock.de und privat

Sommerfest

Liebe Mitglieder,
auch in diesem Jahr findet wieder unser Sommerfest statt!

Wir laden euch am 27.8. herzlich ins „Bauerngärtchen“ in Dornberg (Kirchdornberger Str. 79) ein zu Stockbrot und vegetarischem Grillbuffet. Wir können leider erst um 18:30 Uhr starten, freuen uns aber sehr, wenn ihr dennoch eure Kinder mitbringt. Im Bauerngärtchen gibt es allerlei Spielgerät und vor allem zahlreiche Tiere zu bestaunen. Unter anderem mit der Buslinie 24 ist es bequem aus der Bielefelder Innenstadt zu erreichen (Haltestelle Großer Kamp).

Bitte meldet euch zwecks Essensbestellung bis zum 15.8. im KV-Büro an, bitte auch mit der Anzahl der Kinder, die mitkommen. Um die Kosten im Rahmen zu halten, bitten wir um einen Beitrag von 10 € bzw. ermäßigt 5 € für Erwachsene. Kinder sind frei.



Sommeraktionen

In diesem Jahr planen Fraktion und Kreisverband wieder zahlreiche Sommeraktionen, damit ihr auch in den Sommerferien nicht auf GRÜNE Events verzichten müsst! Eine Kleidertauchbörse, Kunst zum selber machen, eine Radtour durch den Bielefelder Süden - alles ist dabei. Los geht's am 10.7. mit einem vogelkundlichen Spaziergang durch die Johannisbachaue. **Die schon feststehenden Termine findet ihr auf der Rückseite der big.** Ein Highlight ist am 29.8. eine Veranstaltung mit Toni Hofreiter, dem Vorsitzenden der GRÜNEN Bundestagsfraktion. Er wird aus seinem Buch „Fleischfabrik Deutschland“ lesen.

Hausparty

Die Hausgemeinschaft in der Kavalleriestraße 26 lädt zur Party ein! Am 2.9. feiern wir bei Musik, Bier und Wurst auf dem Innenhof und im kulturpunkt. Los geht's um 19 Uhr! Wer Lust hat, die Party zu unterstützen, melde sich bitte im KV-Büro - wir suchen noch anpackende Hände und Salspenden für das Grillbuffet!

Die Neuen in den Ausschüssen

Andreas Bootz:



Hallo,
ich freue mich, als sachkundiger Bürger im Betriebsausschuss Bühnen und Orchester und im Kulturausschuss mitzuarbeiten. Ich bin intensiver Kulturgänger, Kulturbeobachter und Kulturmacher, eng mit etablierter und freier Kultur verbunden. Zu meiner Vita: geboren 1961 in Bielefeld und hier aufgewachsen, Studium in Berlin (Theaterwissenschaft) und Bielefeld (Geschichte).

1990 bis 1992 Uni Bielefeld: Geschichtsfakultät, wiss. Ma./Projektleiter „Kultur in Bielefeld 1945-1960“, 1993 Zweitausbildung Journalist in Köln, 1995-2001 Medienfabrik Gütersloh, seit 2001 Stadtwerke Bielefeld (Pressestelle, u. a. Konzeption und Realisierung der Klangschichten). Kulturelle Aktivitäten: Frapp-Theater 1983-86, Konzept und Gründung Blasphemie 1986, Anonyme Saxophoniker 1990, Westfälische Saxophoniker 1999 (die als Saxophonensemble die Musik von Johann Sebastian Bach mit Jazz verbinden). Entwicklungspolitisch interessiert. Und sonst so: verheiratet, zwei Töchter (19 und 17), begeisterter Bariton- und Bass-Saxophonist, Fahrradfahrer und Bergwanderer.

Daniela Kloss:



Mein Name ist Daniela Kloss. Ich bin seit Juni ordentliches Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Geboren und aufgewachsen bin ich in Essen an der Ruhr, allerdings im Norden im Stadtteil Borbeck, also eher zwischen Rhein-Herne-Kanal, Emscher und Stadthafen. So habe ich als Kind noch in den stillgelegten Krupphallen gespielt (ohne die Erlaubnis meiner Eltern) und später die neu entstandenen Radwege und Cafés besucht. Gelernt habe ich daraus, dass die Möglichkeit, im Grünen zu leben, nicht selbstverständlich ist, sondern die Lebensqualität durch städtisches Grün gezielt gefördert werden kann.

Ich lebe gerne in Bielefeld, mag die vielen Parkanlagen mit ihren Spielplätzen, die vielen unterschiedlichen kulturellen Veranstaltungen und zahlreichen Angebote für Kinder und Familien. Ein sicheres Wohnen, die Verringerung von Armut und gute Lebensbedingungen in allen Stadtteilen sollten jedoch auch in Bielefeld täglich auf der Tagesordnung stehen. Dazu zählt für mich neben dem Ausbau von Kita und Ganztagschule auch eine ausreichende Ausstattung mit den Angeboten der Jugendhilfe und der sozialen Dienste.

Abschied im Ausschuss



So etwas hat es im Betriebsausschuss Bühnen und Orchester (BBO) noch nicht oft gegeben: Ein feierlicher Abschied mit viel Lob für einen, der geht - und zwar für **Arnold Schulz**.

Arnold war sieben Jahre Mitglied im BBO - und vorher schon Bezirksvertreter in Stieghorst. Er hat sich mit Haut und Haaren eingesetzt für Kultur, Bühnen und Or-

chester. Und das nicht nur in der Politik, in der Theorie oder im Zuschauerraum. Er stand und steht selbst aus der Bühne - und erfährt immer wieder am eigenen Leib, was Theater, was Kultur kann. Dem Beschluss des BBO, dem Theater weitere Kürzungen aufzuerlegen, konnte er nicht mittragen und trat zurück, um ein Zeichen zu setzen. Wir GRÜNE Kulturpolitiker*innen hoffen, dass er mit seiner Kompetenz zumindest dem Arbeitskreis doch noch erhalten bleibt.

Stadtentwicklung und Zuwanderung

Schmelztiegel Stadt

Bielefeld hat die große Chance, positive Impulse für die Entwicklung unserer Stadt zu generieren und die Integration der Einwanderer*innen in unsere Kultur zu fördern.

Es war doch nur eine Frage der Zeit, bis sich Menschen, sei es aus Angst vor Krieg, aus Hunger oder aus Perspektivlosigkeit in ihrem Land auf den Weg nach Europa machen und natürlich eines der reichsten Länder in Europa, nämlich Deutschland, als Ziel ihrer oft lebensgefährlichen und als einzige Hoffnung verbleibende „Reise“ sehen. Leider hat die Politik die Tatsache, dass Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen in die Bundesrepublik einwandern, jahrzehntelang ignoriert und damit auch nicht die Rahmenbedingungen z. B. durch ein Einwanderungsgesetz geschaffen, dass in unserem Land eine gute, nachhaltige Integration der „Neubürger*innen“ möglich war. 2015 zählte das Statistische Bundesamt rund 9 Millionen „Ausländer“ mit dauerhaftem oder befristetem Aufenthaltsrecht und ca. 2,5 Millionen Aus- und Übersiedler.

Für die Kommunen, die die Hauptlast der Zuwanderung zu tragen haben, heißt das, für viele Lebensbereiche neue Konzepte zu entwickeln. Das gilt auch für die Stadtentwicklung. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, für eine gemeinsame, integrierte und schlüssige Integrationsarbeit. Dabei spielt die Frage, wo und wie wir wohnen und zusammenleben eine entscheidende Rolle. Daraus ergibt sich auch für Bielefeld die große Chance, positive Impulse für die Entwicklung unserer Stadt zu generieren und als „Schmelztiegel“ die Integration der Einwanderer*innen in unsere Kultur zu fördern.

Zukunftsfähigkeit sichern

Die Nachfrage nach qualitativ lebenswerten und bezahlbaren Wohnungen ist in Bielefeld schon vor der sogenannten Flüchtlingskrise sehr groß gewesen. Die Arbeitsmigration aus Südeuropa und die Urbanisierungstendenzen aus dem Umland haben schon in der Vergangenheit zu einem moderaten Bevölkerungswachstum geführt. Die neusten Berechnungen der NRW Bank zeigen tendenziell, dass Bielefeld auch in den Folgejahren noch wachsen wird. Das ist gut so, denn es kommen auch Menschen mit guten Qualifikationen, die zukünftig für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft benötigt werden.

Darüber hinaus stabilisiert sich für die Stadt auch das Steueraufkommen, ohne das die kommunalen Dienstleistungen und Infrastrukturprojekt nicht dauerhaft finanzierbar wären. Schließlich sind „Neubürger*innen“ auch Konsument*innen, die Arbeitsplätze sichern und

den Handel stärken. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich Bielefeld in einem engen Wettbewerb um Einwohner*innen und Arbeitskräfte mit einigen anderen Städten befindet. Also: Wachstum ist für Bielefeld notwendig, bietet (wenn man es richtig begleitet) große Chancen für alle und macht unsere Stadt zukunftsfähig!

Die entscheidende Frage ist allerdings, wie all das umgesetzt werden kann, wie die politischen Entscheidungsprozesse laufen und wie neue Beteiligungsmodelle aussehen müssen, damit die angestammte Bevölkerung die Entwicklung auch mit breiter Mehrheit mitträgt und kritisch-konstruktiv, am Ende positiv begleitet.

Auf dem Weg zur neuen Identität

Bielefeld ist zurzeit auf dem Weg zu einer neuen Identität. Es geht um den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Bielefeld. Bielefeld Marketing entwickelt in einem groß angelegten Beteiligungsprozess eine neue Stadtmarke: Die WEGE hat die bundesweit beachtete Plattform „DAS kommt aus Bielefeld“ ins Leben gerufen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Stadtgesellschaft, vertreten unter anderem durch die Politik, ein neues Leitbild und eine Vision für Bielefeld entwickelt.

Dabei ist es wichtig, ja elementar, dass es eine breit getragene Zustimmung und Unterstützung durch die Stadtgesellschaft gibt. Diese kann nur gelingen, wenn über politische Grenzen hinweg ein Konsens erzielt wird und ein Masterplan für unsere Stadt entsteht, an dem sich zukünftig politische Entscheidungen orientieren sollten, ja sogar müssen! Wir müssen endlich damit aufhören reflexartig alles in Frage zu stellen, nur weil es aus dem vermeintlich „falschen Lager“ kommt. Bei allem Verständnis für unterschiedliche Positionen und Einschätzungen, kann unsere Stadt sich nur dann positiv entwickeln, wenn der Wille zum konstruktiven Konsens (nicht um jeden Preis) gegeben ist.

Für die Stadtentwicklung aktuell bedeutet das, dass die Ausweisung neuer Flächen für Wohnen, aber auch für Gewerbe und Infrastruktur in einem offenen, transparenten und demokratischen Prozess erfolgen muss. Dabei können und dürfen Partikularinteressen, die häufig von wirtschaftlichem Egoismus geprägt sind, nicht eine Entwicklung behindern, die einen gesellschaftlichen Mehrwert für den überwiegenden Teil der Stadtgesellschaft hat.

Für die aktuelle Diskussion über die Ausweisung neuer Baugebiete ist es dabei egal, ob wir 18.000 neue Wohnungen brauchen oder nur 10.000, ob wir 500 Hektar aktivieren oder nur 300 Hektar. Entscheidend ist die Frage, wie diese neuen Baugebiete inhaltlich gestaltet werden, wie sie sich in unsere Infrastruktur (z.B. ÖPNV) einfügen und welche ökologischen und ökonomischen Parameter sie erfüllen.

Widerstand als Reflex

Und da ist er wieder der „Bielefelder Reflex“: Kaum wurde die Stadtteilerweiterung rund um den Campus Richtung Babenhäuser ins Gespräch gebracht, meiner Meinung nach eine sinnvolle Überlegung, da rührt sich schon Widerstand. Sprecher*innen von

Die Modulbauweise der BGW-Kitas:
Ein Baukastenmodell das sich auch zur Schaffung von Wohnraum einsetzen lässt und alles andere als eintönig daherkommt.



Umweltverbänden sprechen von unverträglichen Eingriffen, ja sogar vom „Supergau“ für Bielefeld und dass das neue Wohngebiet prädestiniert sei für „Professorenwohnungen“. Ist der Eingriff in die Natur weniger problematisch, wenn hier nur Sozialwohnungen gebaut würden? Mit einer solchen Polemik lösen wir die Probleme unserer Stadt sicher nicht, da ist mehr Sachlichkeit gefragt.

Ob es denn gleich ein neuer Stadtteil in der Größe Gadderbaums sein muss oder ob es eine behutsame Erweiterung vorhandener Strukturen geht, wird der Prozess zeigen. Allerdings sollten wir uns nicht verleiten lassen, in hektischer Betriebsamkeit die bisherigen Qualitätsstandards über Bord zu werfen. Wir haben in Bielefeld in einem breit angelegtem konsensualen Verfahren den „Masterplan Wohnen“ entwickelt, der auch bei diesen Überlegungen und Planungen der Maßstab unseres Handelns bleiben muss. Denn die städtebauliche und architektonische Qualität von neuen Baugebieten wird über die Nachhaltigkeit derartiger Vorhaben mitentschieden.

Schon in der Planungsphase muss darauf geachtet werden, dass Wohngebiete entstehen, die ein hohes Maß an Integrations- und Inklusionspotential haben, das erfordert eine städtebauliche offene Gestaltung, bei der Sozialräume entstehen, die den Bewohner*innen den Erhalt ihrer Identität ermöglichen und eine menschenwürdige, demokratische Architektur, die das Private und Öffentliche klug miteinander verbindet. Es muss sich dabei um einen kooperativen Prozess handeln, der alle notwendigen und wünschenswerten Disziplinen miteinander verknüpft und dadurch eine breite Akzeptanz erfährt und die bestmögliche Qualität entstehen lässt. Bei den diesjährigen Bielefelder Stadtentwicklungstagen hat es dazu viele gute Beispiele und Lösungsansätze gegeben.

„Legoplanung“ statt „Egoplanung“

Aus ökologischen und ökonomischen Gründen gilt es auch über neue Formen des Bauens nachzudenken. Wir müssen weg von der „Egoplanung“ und hin zur „Legoplanung“. Soll heißen: Nicht jedes Haus muss individuell durch Architekt*innen geplant werden. Das serielle Bauen kann auch bunt und vielfältig, flexibel und qualitativvoll sein, es muss nicht eintönig und uniformiert sein. Wo ist eigentlich das Problem, wenn ein Wohnhaus in Heepen, Gadderbaum oder in der Sennestadt gleich aussieht? Es sollte doch viel-

mehr wichtig sein, dass die Qualität gut ist, sich die Kosten durch Wiederholungen und Skaleneffekte reduzieren und die Bauzeit halbiert. Die BGW hat gerade ein solches Produkt entwickelt, das bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt hat. Und in Bielefeld?

Zum Schluss noch eine Anmerkung zum geförderten Wohnungsbau. Natürlich müssen in den neuen Wohngebieten geförderte, preiswerte Wohnungen entstehen, aber nicht ausschließlich. Eine durchmischte Bewohnerstruktur bietet keine Garantie, aber eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein friedvolles, ausgewogenes Zusammenleben der Menschen und das ist eine Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration. Der soziale Wohnungsbau ist schon lange kein Randgruppenproblem mehr in unserer Gesellschaft. Immer mehr Menschen, aus den unterschiedlichen sozialen Schichten, haben schon heute einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung und es ist zu erwarten, dass diese Zahl noch steigen wird. Bielefeld ist bei dieser Frage schon auf einem guten Weg.

Wir dürfen die Chancen, die sich aus der Zuwanderung für Bielefeld ergeben können, nicht liegen lassen. Wir müssen sie zum Wohle Bielefelds auf den verschiedenen Ebenen nutzen - allerdings immer mit Augenmaß und einer guten Portion Respekt vor den Herausforderungen, die damit verbunden sind. Die Stadt Bielefeld braucht eine weltoffene und bunte Stadtentwicklungspolitik, sie hat es verdient!



Norbert Müller
war bis zum März diesen Jahres
Geschäftsführer der BGW.

Wohnungsbau

Nicht mehr als eine Prognose

Bielefeld braucht in vier Jahren 20.000 Wohnungen, so die Vorhersage der NRW-Bank. Das würde 500 Hektar Fläche verschlingen und jede Menge Probleme mit sich bringen.

Eine Debatte über den zukünftigen Wohnungsbau in Bielefeld ist dringend geboten seit die Prognose der NRW-Bank auf dem Tisch liegt. Auch die GRÜNEN in Bielefeld gingen bisher von abnehmenden Einwohnerzahlen aus und verfolgten die Strategie, den Bestand zu modernisieren, Baulücken zu schließen und nur in Einzelfällen an den Siedlungsrandern zu bauen.

Inzwischen steigt aber die Einwohnerzahl. Mittlerweile gibt es keine nennenswerten Leerstände mehr. Es fehlen Wohnungen für kinderreiche und einkommensschwache Familien, für Studierende und für Singles. Und schließlich brauchen auch die Geflüchteten angemessene Wohnungen.

Alarmismus ist nicht angebracht

Daraus aber einen Bedarf von über 20.000 Wohnungen abzuleiten, ist abenteuerlich und der mitschwingende Alarmismus fehlt am Platz. Denn gerade die vielen Bauvorhaben und Planungen der letzten Zeit zeigen, dass Wohnraum im Bestand sozial verträglich geplant und geschaffen werden kann. So wurden allein im Jahr 2014 rund 1.500 neue Wohnungen gebaut.

Einen Bedarf wie ihn die NRW-Bank vorhersagt, ließe sich nur durch Bauen im Außenbereich verwirklichen. Dafür fehlen die finanziellen Mittel. Ganz zu schweigen vom Flächenverbrauch und den Naturschutzbedenken. Am Rande der Stadt würde ein ganzes Quartier entstehen, getrennt und abgesondert. Damit haben wir in Bielefeld in einigen Stadtteilen schlechte Erfahrungen gemacht. Wir sollten daraus lernen und es diesmal anders machen.

Natürlich müssen wir diese Prognose erst einmal ernst nehmen. Man kann nun darüber spekulieren, ob Bielefeld in Zukunft wirklich wächst und ob die Neubürger*innen wirklich hier bleiben. Selbst mit den Zahlen der vergangenen Jahre sollte man vorsichtig umgehen. Denn allein durch den Zensus (Stichproben) ist die Bevölkerung in Bielefeld um ein paar tausend Einwohner*innen sprunghaft gewachsen. Dieser Sprung spiegelt sich vermutlich nicht in der realen Einwohnerzahl wider. Auch durch den doppelten Abitur-Jahrgang sind



Keine voreiligen Neubausiedlungen als neu entstehende Stadtteile fordert Rainer Hahn.



Rainer Hahn ist sachkundiger Bürger unter anderem im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.

ein paar tausend junge Leute nach Bielefeld gekommen.

Keine großen Baugebiete!

Das Fazit aus all dem: Bielefeld sollte keine großen Baugebiete am Stadtrand schaffen, sondern auf Geschosswohnungsbau setzen und Bauvorhaben weiterhin überwiegend im Bestand realisieren. Dazu braucht es einen politischen Beschluss! Und Bielefeld sollte versuchen, für die Modernisierung im Bestand und die Mobilisierung vorhandener Bauflächen zusätzliche Landesförderung zu erhalten. Nicht mehr benötigte Reserveflächen von Betrieben sowie Gewerbebrachen könnten (sofern schadstofffrei) reaktiviert werden. Allenfalls kann man kleinere neue Baugebiete am Rand des Siedlungsbereiches akzeptieren. Dabei muss das Zielkonzept Naturschutz Grundlage sein!

Der Beschluss, mindestens 25 Prozent Geschosswohnungsbau in jedem Baugebiet zu schaffen, sollte überdacht und die Quote gegebenenfalls erhöht werden. Außerdem sollten die in den nächsten Jahren frei werdenden Kasernenflächen jetzt überplant werden, damit sofort gebaut werden kann, sobald die Briten die Flächen frei gegeben haben.

Noch ein paar Worte zur Verwaltungsvorlage „Perspektive Wohnen“: Dort wird der Wohnungsbedarf für zwei Jahrzehnte kalkuliert. Das ist gewagt! Denn niemand kann fundiert sagen, wie viele Neubürger*innen in diesem Zeitraum kommen werden. Klüger wäre es, einen Perspektiv-Plan für die nächsten 5-10 Jahre zu erarbeiten und ein effektives Szenarium zu entwickeln, wie in integrierten Baugebieten Wohnungen geschaffen werden können.

Die Priorität sollte darum darauf liegen, wie in den bereits angedachten und neu vorgeschlagenen integrierten Flächen die Planung so gesteuert werden kann, dass der absehbare dringende Bedarf im Geschosswohnungsbau befriedigt werden kann. Dabei sollten die Bezirke einbezogen werden. Denn Politiker*innen dort wissen sehr wohl, wo bei ihnen vor Ort zu mobilisierende und verträgliche Flächen existieren.

Making Heimat in Bielefeld

Wohnungsbauoffensive und Nachhaltigkeit

Die Zuwanderung nach Bielefeld und OWL konnte in den letzten Jahren durch eine aktive Integrations- und Wohnungsbaupolitik gut gelöst werden. Die Zuweisung von Geflüchteten hat allerdings zu einer kritischen Situation auf dem Bielefelder Wohnungsmarkt geführt.

Menschen, die eine - teilweise jahrelange - Flucht hinter sich haben, sind auf der Suche nach Sicherheit, Zukunft und - einer Wohnung. Die Willkommenskultur bedarf dringend einer Fortsetzung durch eine Wohnungsbauoffensive, damit Integration gelingen kann.

GRÜNE und Umweltschützer*innen haben über zwei Jahrzehnte über die Folgen des demographischen Wandels und einer schrumpfenden Bevölkerung nachgedacht und den Abschied von der ausschließlich auf Wachstum ausgerichteten Ökonomie propagiert. Strategien für nachhaltiges Wirtschaften und eine flächensparende Siedlungsentwicklung konnten erst vor diesem Hintergrund gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten. Heute müssen wir uns fragen, wie eine wachsende Wohnraumnachfrage und nachhaltige Entwicklung zusammenpassen.

Belastbare Prognosen über die flüchtlingsbedingte zusätzliche Wohnraumnachfrage liegen noch nicht vor. Wie viele Flüchtlinge werden in den Orten bleiben, denen Sie zugewiesen wurden und wie viele werden zu Verwandten ziehen oder dorthin, wo bessere Jobchancen winken? Letztlich wissen wir nicht, wie viele Menschen eine dauerhafte Bleibeperspektive haben und in Bielefeld leben möchten.

Der Wohnungsbau stößt an Grenzen

Darauf kommt es aber auch nicht an. Was wir sicher wissen, ist, dass der Wohnungsmarkt in Bielefeld schon heute an seine Grenzen stößt. Da eine Fluktuationsreserve praktisch nicht mehr vorhanden ist, haben normalverdienende Wohnungssuchende schon heute geringe Chancen.

Bielefeld benötigt in den nächsten Jahren Wohnbauland in der Größenordnung von mehreren 100 Hektar. Es müssen Baulücken geschlossen, Siedlungsbestände verdichtet, Reserven in Bebauungsplänen und im Flächennutzungsplan aktiviert und auch sinnvolle Siedlungserweiterungen umgesetzt werden. Und es wird nicht reichen, nur an einer Stellschraube zu drehen. Wir brauchen alle Möglichkeiten - und zwar gleichzeitig.

Keinen Sinn macht es, das eine gegen das andere auszuspielen. Der sorgsame Um-

gang mit landwirtschaftlichen und naturbelassenen Flächen darf nicht dazu führen, die Wohnungskrise und die Notwendigkeit des Wohnungsneubaus in Abrede zu stellen. Umgekehrt wäre es töricht, jetzt das Ende der Nachhaltigkeit auszurufen. Im Gegenteil: Nachhaltigkeit hat ökologische, ökonomische und soziale Dimensionen zugleich.

Neben der Frage nach der Quantität der erforderlichen Wohnbauflächen sollten die Qualitäten des Bauens bei der weiteren Diskussion im Mittelpunkt stehen:

1. Die Notwendigkeit des schnellen Handelns darf die Frage der baulichen und sozialen Qualitäten des Wohnungsbaus nicht in den Hintergrund drücken. Es mehren sich Stimmen, die die Anforderungen an das energieeffiziente Bauen und die Baustandards in Frage stellen, weil diese angeblich das Bauen verzögern und verteuern würden. Dem ist entgegenzuhalten, dass jeder Neubau eine Lebensdauer von 50 bis 60 Jahren hat. Auch die städtebaulichen Qualitäten dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Gut erschlossene und gestaltete Quartiere mit einer sozialen Vielfalt und funktionalen Mischung brauchen Zeit für Planung und Realisierung. Städtebauliche Wettbewerbsverfahren und Beteiligung der Betroffenen sind nicht Zeit- und Ressourcenverschwendung, sondern notwendige Instrumente zur Qualitätssicherung.

2. In Bielefeld hat sich eine Kultur der Beteiligung aufgebaut, die wir jetzt weiterentwickeln sollten und in die die Zugewanderten und Geflüchteten genauso wie die bestehenden Nachbarschaften einzubeziehen sind. Ideal sind dabei Leitprojekte wie die Stadtteilmütter oder Quartiersbüros als Kristallisationskerne für Beteiligung. Vielleicht gibt es bald Qualifizierungs- und Beteiligungsprojekte für „Straßenhausmeister“ oder Bauprojekte mit jungen Geflüchteten?

3. Bielefeld hat einen überlasteten Wohnungsmarkt, der auf absehbare Zeit die quantitative und qualitative Nachfrage nicht bedienen kann. Deshalb müssen die Perspektiven regional geweitet werden. Die Wohnungsmarktregion Bielefeld geht deutlich über die Stadtgrenzen hinaus. Dazu ein Beispiel: Die Stadt Herford hat einen deutlich entspannteren Wohnungsmarkt und wird durch den Abzug der britischen Truppen noch weitere freie Kapazitäten bekommen. Es ist an der Zeit, dass Wohnungswirtschaft und Politik sich besser regional koordinieren, um die Chancen der Zuwanderung als Entwicklungsschub für die gesamte Region zu nutzen. Heimat findet nicht nur im Quartier statt, sondern auch in der Region.

Ulrich Burmeister ist Gruppenleiter im Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in der Abteilung Stadtentwicklung und Denkmalpflege.



Konversion

Zum Wohl der ganzen Stadt

Wenn die Brit*innen abziehen, ist viel möglich. Was umgesetzt wird, sollte vor allem der Stadtgesellschaft dienen, fordert Marc Burauen.

Big: Bielefeld bereitet sich auf die Konversion vor (siehe Kasten). Wie beurteilst du als Mitglied der „Lenkungsgruppe Konversion“ den Prozess?

Marc Burauen: Ich denke, dass wir als Lenkungsgruppe noch am Anfang sind und dass auch wir uns in dem gesamten Prozess noch finden müssen. Unsere Aufgaben werden zwar inzwischen öffentlich diskutiert. Aber das eigentliche Verfahren ist in der Stadtgesellschaft noch nicht angekommen.

Du bist auch Bezirksvertreter in Stieghorst, wo die meisten Flächen liegen. Interessieren sich die Menschen vor Ort für das Thema?

Das Interesse wächst langsam – ob das bei Schulen ist oder auch bei Sportvereinen. Und die Bürgerinitiative für sozialökologische Stadtentwicklung, bei der ich mitarbeite, hat eine Stadtteilgruppe gegründet. Die trifft sich regelmäßig im Freizeitzentrum Stieghorst.

Worin besteht die Chance, von der so viele sprechen?

Wir können mit der Bürgerbeteiligung beim Konversionsprozess ein einzigartiges System schaffen, das man auch auf andere Projekte anwenden kann. In Stieghorst hatten wir einen ähnlichen Fall. Da haben wir eine Radwegeplanung an der Detmolder Straße mit den Bürger*innen vorher besprochen. Die Stadt hat gefragt: „Wie stellt ihr euch das vor und welche Bedürfnisse habt ihr?“ Das Verfahren hat sich bewährt.

Und wo ist nun das Besondere bei der Konversion?

Allein die Größenordnung und die damit verbundenen Chancen für die ganze Stadt sind besonders. Mit fachlicher Kompetenz können wir da eine sozialökologische Stadtentwicklung anstoßen, die vorbildlich sein kann für die ganze Stadt. Das wäre mein Ziel. Wir dürfen uns eben nicht treiben lassen von der momentanen Wohnungsnot, sondern müssen auf eine nachhaltige Entwicklung setzen.

Vom Militär zur Zivilgesellschaft

Im Jahr 2019 oder 2020 verlässt die Britische Armee Bielefeld – und gibt zwei Kasernen mit einer Fläche von zusammen 43 Hektar und 470 Wohnungen an sieben Standorten frei. Die Liegenschaften gehören zwar der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, aber die Stadt hat ein Erstzugriffsrecht. Ob und wie sie das nutzt, ist noch nicht klar. Den gesamten Prozess soll die sogenannte Steuerungsgruppe Konversion begleiten und lenken. Deren zentrale Aufgabe ist es, grundlegende Entscheidungen für die politischen Gremien vorzubereiten. Besetzt ist die Steuerungsgruppe mit Vertreter*innen der Ratsfraktionen und -gruppen. Bürger*innen sollen sich über einen runden Tisch einbringen, der noch gegründet werden soll. Auf zwei sogenannten Konversionsdialogen hat die Stadtverwaltung vor allem informiert und wenig Raum zum Dialog geboten. Die Bürgerinitiative für sozialökologische Stadtentwicklung wird nicht müde Transparenz und Bürgerbeteiligung (BISS) einzufordern.

Gibt es schon Leute, die das große Geschäft wittern?

Die Flächen sind hoch attraktiv. Dafür interessieren sich jede Menge Leute und viele haben vor allem ihre eigenen Interessen im Blick. Die dürfen nicht bevorzugt werden. Vielmehr müssen wir es in diesem Verfahren mit einer Bürgerbeteiligung schaffen, dass dann auch die ganze Stadt davon profitiert.

Wie wichtig ist in dem Verfahren der geplante runde Tisch mit Bürgerinnen und Bürgern?

Der runde Tisch ist ein großes Thema und ich sehe ihn als ganz wichtiges Instrument in diesem Verfahren. Aber ich glaube, dass wir noch nicht ausreichend formuliert haben, welchen Stellenwert dieses Gremium hat. Aus meiner Sicht müssen auch Leute aus Initiativen und Organisationen dransitzen, die vor Ort tätig sind. Die Entwicklungen auf dem Kasernengelände an der Detmolder Straße ist ja eine ganz andere als an der Oldentruper Straße. Daher unterscheiden sich auch die Interessen der Leute vor Ort und das muss sich auch in der Zusammensetzung des runden Tisches widerspiegeln.

Noch ist aber völlig unklar, wer am runden Tisch sitzen darf. Warum läuft das so intransparent?

Dieser Eindruck ist entstanden. Aber der Wunsch der Steuerungsgruppe ist Transparenz. Ich glaube, dass wir uns als Steuerungsgruppe bisher viel zu wenig getroffen und miteinander gesprochen haben. Das müssen wir ändern.

Das Interview führte Silvia Bose, Mitarbeiterin der Ratsfraktion.



Der Stieghorster Bezirksvertreter Marc Burauen ist auch Mitglied der „Steuerungsgruppe Konversion“. Er engagiert sich in der in Bürgerinitiative für sozialökologische Stadtentwicklung (BISS).

Bundesverkehrswegeplan

Kommt die B66n nun in die „Ablage“?

Überraschend für Kommunalpolitiker*innen und Anwohner*innen schlägt das Bundesverkehrsministerium erneut den Bau einer Stadtautobahn durch den Bielefelder Osten vor.

Die B66n ist eine von 2.000 Projekten, die der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 auflistet.

Der Entwurf zeigt deutlich den Stellenwert, den Fernstraßen nach wie vor haben: 1.700 Projekte befassen sich mit Fernstraßen, der Rest entfällt auf Schienen- und Wasserstraßen. In der Zusammenfassung des BVWP heißt es, dass 264,5 Milliarden Euro für „Erhalt vor Neubau“ und „Engpassbeseitigung in noch belasteten Korridoren“ eingesetzt werden sollen. Aber eine weitere Feststellung geht weit darüber hinaus:

„Unsere Lebensentwürfe verlangen heute mehr denn je nach ungehinderter Mobilität“.

Kein „Wünsch Dir was“

Die B66n fand, nachdem sie im BVWP 2003 bereits gestrichen war, wieder Eingang in die Planung und zwar nicht unter „ferner liefen“, sondern im „vordringlichen Bedarf“. Es wird gemunkelt, dass dies insbesondere der CDU-Bundestagsabgeordneten und Handwerkskammerpräsidentin Lena Strothmann zu verdanken sei. Auch die IHK nutzte das Beteiligungsverfahren und machte erneut den Bedarf einer „Ortsumgehung“ geltend. Die Bielefelder Verwaltung und die „Paprikakoalition“ waren indes überrascht. Denn im Koalitionsvertrag hatten wir uns festgelegt: „Die B66n wird nicht gebaut. Der Bau einer vierspurigen Autostraße aus dem Osten der Stadt in das Zentrum wird nicht mehr weiterverfolgt“. Entsprechend waren die Reaktionen der Koalitionsparteien, aber auch zahlreicher Bürger*innen, die in Leserbriefen deutlich machten, dass ein „vorrangiger Bedarf“ für die B66n nicht gegeben und die Straße nicht nötig ist. Besonders aktiv zeigte sich die reaktivierte „Bürgerinitiative gegen die B66n“, der VCD und die Umweltverbände. Auch „pro Nahverkehr“ gab eine detaillierte Stellungnahme ab und befürwortete eine Streichung des Projektes. Die GRÜNEN zeigten mit einem „Politisches Picknick“ Präsenz, bei dem sowohl Britta Haßelmann als auch Matthi Bolte deutlich machten, dass sie die Ablehnung nach Düsseldorf und Berlin tragen werden.



Klaus Rees, Christina Osei, Britta Haßelmann, Matthi Bote, Dominic Hallau und Doris Hellweg beim Politischen Picknick auf der B66n-Trasse.

In der Ratssitzung vom 28.04.16 wurde dem Koalitionsantrag gefolgt und die Aufnahme der B66n in den BVWP 2030 abgelehnt. Denn: Für eine weitere Schnellstraße besteht kein nachweisbarer verkehrlicher Nutzen und Ortsumgehungen bestehen bereits (Ostring, Eckendorfer Str., OWD, A33). Die angedachte Stadtautobahn würde Wohn- und Naherholungsgebiete zerschneiden, weitere Abgas- und Feinstaubbelastungen sowie Verkehrslärm erzeugen und Frischluftbahnen unterbrechen. Wichtige Entwicklungen im Bielefelder Osten, zum Teil mit Kommunal-Investitionsmitteln gefördert – das „Grüne Band“, der Luttergrünzug und die Täler von Mühlen- und Baderbach – würden durch diesen Straßenbau zerstört.

Nicht mehr reden. Handeln!

Über die Auswirkungen auf den Bielefelder Osten hinaus ist zu verdeutlichen, dass die Ergebnisse des Luftreinhalteplans und des Lärmaktionsplanes eine kleinschrittige Umsetzung zielorientierter Maßnahmen zur Lärminderung und Minimierung der Immissionswerte in Bielefeld notwendig machen. Der Rat hat die Verwaltung im April beauftragt, ein **Mobilitätskonzept** zu erarbeiten, das alle Verkehrsarten berücksichtigt. Die Erkenntnisse aus zahlreichen Untersuchungen verdeutlichen, dass umweltfreundliche Maßnahmen, wie Weiterentwicklung des ÖPNV, Radwege und Sicherheit für Fußgänger*innen eine hohe Priorität erhalten müssen.

In den **Klimaschutzwochen** wurde unter Beteiligung der Bielefelder Bevölkerung über umweltgerechte Bebauung, Nutzung von Gewerbeflächen und Verkehrsentwicklung ohne Zuwachs der innerstädtischen Straßeninfrastruktur gesprochen. Hier liegen die zeitgemäßen Bedarfe der Stadt unter Berücksichtigung geringen Flächenverbrauches.

Die Aufgabe der Trasse und ihre Streichung aus dem Flächennutzungsplan böten erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten für den Bielefelder Osten. Das bereits begonnene „Grüne Band“ könnte weitergeführt, einige Bereiche könnten für (sozialen) Wohnungsbau genutzt und brach liegende Gewerbegebiete reaktiviert werden. Zahlreiche Flächen befinden sich bereits im Besitz der Stadt. An der Umsetzung dieser Ziele bleiben wir dran!

Ob das alles erreicht werden kann, hängt jedoch von weiteren Schritten ab, für die es jeweils Mut und politische Mehrheiten braucht. Und an beiden fehlt es leider allzu häufig. Wir bleiben jedenfalls dran!



Doris Hellweg ist Mitglied der GRÜNEN Ratsfraktion und vertritt diese unter anderem im Stadtentwicklungsausschuss.

Wohnungsbau

Fair, günstig, gemeinnützig

Auf unserer Jahreshauptversammlung Ende Februar haben Fraktion und Vorstand Der Weg zum günstigen Wohnen ist nur über einen sozial gebundenen Wohnungsbau und mit einer Investitionsoffensive möglich.

Wohnen ist zur neuen sozialen Frage geworden. Viele Mieter*innen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, um am Ende des Monats ihre Miete bezahlen zu können. Die Ausgaben für Wohngeld und die Kosten der Unterkunft für ALG-II-Beziehende steigen kontinuierlich. Sie liegen mittlerweile bei fast 15 Milliarden Euro pro Jahr. Dieses Geld wäre in preiswerte Wohnungen dauerhaft besser investiert. Doch die Antwort der Bundesregierung ist äußerst halbherzig. Sie plant eine steuerliche Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau und will dafür über 2 Milliarden Euro in die Hand nehmen. Die Idee, Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment zu fördern, ist prinzipiell zu begrüßen. Aber sie hat einen entscheidenden Webfehler: Die Errichtungskosten pro Quadratmeter werden zwar gedeckelt, aber der Mietpreis nicht. Warum sollte ein Bauherr seine mit Steuergeldern geförderte Wohnung günstig vermieten, wenn er auch höhere Mieteinnahmen realisieren kann?

Mitnahmeeffekte sind bei diesem Förderprogramm somit von vornherein angelegt und Spekulationen am Immobilienmarkt vorprogrammiert. Angesichts angespannter regionaler Wohnungsmärkte kann der Weg zum günstigen Wohnen nur über einen sozial gebundenen Wohnungsbau gehen und hier wurde seit Jahren die Entwicklung verschlafen. Jedes Jahr verlieren 60.000 Sozialwohnungen ihre Bindung und gelangen auf den freien Wohnungsmarkt, mit enormen Mietpreissprüngen und maximalen Renditen. Von 2,5 Millionen Sozialwohnungen, die es im Jahr 2002 gab, sind mittlerweile nur noch 1,5 Millionen übrig. Dieser seit Jahren währende Missstand wird nun besonders offenkundig durch die Dringlichkeit, auch für geflüchtete Menschen Unterkünfte zu finden.

Wohnungsgemeinnützigkeit

Es ist gut, dass der Bund ab 2017 seinen Anteil am sozialen Wohnungsbau erhöht hat. Aber auch der soziale Wohnungsbau braucht dringend frischen Wind. Es muss Schluss damit sein, Wohnungen mit Milliarden zu fördern, die schon nach 10 bis 15 Jahren wieder frei vermietet werden können. Außerdem laufen ab 2019 diese Zahlungen vom Bund an die Länder aus und niemand weiß so recht, wie es an dieser Stelle mit der Finanzierung weitergehen wird. Wir schlagen deshalb vor, ein fast 150 Jahre lang bewährtes Instrument für bezahlbare Wohnungen zu reaktivieren: die Wohnungsgemeinnützigkeit. Mit einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit können wir den sozialen Wohnungsbau endlich wieder nachhaltig gestalten und langfristig bezahlbare Wohnungen schaffen. Um kurzfristig den Druck aus dem angespannten Wohnungsmarkt im unteren Preissegment zu nehmen, schlagen wir ein Sofortprogramm vor, das langfristig in ein Dauerprogramm überführt werden soll. Das Sofortprogramm richtet sich vor allem an private Vermieter*innen, um möglichst viele Wohnungen in eine soziale Bindung zu nehmen. Vermieter*innen sollen sich bei einer Neuvermietung dafür entscheiden können, die Wohnung künftig gemeinnützig zu vermieten. Sie steht dann Familien, Studierenden, älteren Menschen mit kleiner Rente, Menschen mit Behinderungen oder Geringverdienern zur Verfügung. Dafür bekommen die Vermieter*innen eine steuerliche Förderung. Langfristig wollen wir Akteur*innen fördern, die Wohnungen günstig bauen und anbieten. Wir brauchen einen Wohnungsmarkt mit vielfältigen Akteur*innen: aktiven Baugenossenschaften und Bau-



vereinen, kommunalen Wohnungsgesellschaften, Wohnprojekten und privaten Vermieter*innen. Diese sollen eine steuerliche Extra-Förderung zusätzlich zur klassischen sozialen Wohnraumförderung und den bestehenden Länder- und KfW-Programmen bekommen. Dafür sollen sich die gemeinnützigen Unternehmen langfristig binden und an soziale Regeln bezüglich Rendite, Miete und Mieterstruktur halten. Die Förderung würde die Kosten für Wohnungsunternehmen senken, die gemeinnützig handeln, günstigere Mieten schaffen und langfristig eine angemessene Rendite ermöglichen.

Es geht um viel: um Lebensqualität, lebendige Nachbarschaften und bezahlbaren Wohnraum für alle. Es geht um eine neue Form des sozialen Wirtschaftens. Dazu brauchen wir frische Ideen wie die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit.



Britta Haßelmann ist unsere Frau für Bielefeld im Bundestag. Sie ist erste parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin der GRÜNEN Bundestagsfraktion.

Sozialer Wohnungsbau in NRW

Innovative Konzepte gesucht

Mit der Weiterentwicklung des Wohnraumförderprogramms 2014 bis 2017 zu einem mehrjährigen Programm haben wir bereits vor mehr als zwei Jahren ein wirksames Förderinstrument verstetigt, mit dem wir über Jahre hinweg die großen Herausforderungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus angehen.

Gerade in den Wachstumsregionen und den Universitätsstädten in Nordrhein-Westfalen führt der Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu Versorgungsengpässen und Verdrängungsprozessen. Im Gegensatz dazu gibt es in anderen Wohnungsmarktregionen Quartiere mit zum Teil massiven Leerständen und vernachlässigten Wohnungsbeständen.

Ziel des Förderprogramms ist und bleibt, ein nachfragegerechtes und breit gefächertes Wohnungsangebot zu schaffen und dabei aus städteplanerischen Gesichtspunkten attraktive Wohnfelder und sozial stabile Quartiere zu gestalten. Dabei müssen sich die Bau- und Instandhaltungsvorhaben insbesondere an den demographischen Entwicklungen in NRW und dem Klimawandel orientieren.

Dafür sind in den nächsten Jahren erhebliche wohnungswirtschaftliche Investitionen erforderlich. Aus diesem Grund hat das Land NRW ein mehrjähriges Wohnraumförderprogramm von jährlich 800 Millionen Euro aufgelegt.

Dadurch soll in den Wohnquartieren barrierefreier und energieeffizienter Wohnraum entwickelt und erneuert werden, um so demografiefeste und sozialadäquate Strukturen aufzubauen. Hierbei steht die Schaffung von Wohnraum im Segment der mittleren und niedrigen Einkommen im Fokus, in den Universitätsstädten zudem speziell der studentische Wohnraum.

Eine aktuelle Modellrechnung des Städtebauministeriums NRW geht davon aus, dass sich in den kommenden vier Jahren eine Steigerung der Neubaunachfrage von 400.000 Wohnungen landesweit ergeben wird. Wir müssen also eine massive Steigerung der Wohnungsbautätigkeit, insbesondere im mittleren und niedrigen Preissegment auf den Weg bringen. Nur so können wir einerseits den steigenden Bedarfen entsprechen und andererseits auch den Anstieg der Mieten begrenzen.

Als ersten Teilerfolg des mehrjährigen Wohnraumförderprogramms ist festzustellen, dass im Jahr 2015 rund 9.200 Wohnungen mit den Mitteln der Wohnraumförderung neu geschaffen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr ist das zwar immerhin ein Anstieg von etwa 37 Prozent. Gemessen an dem prognostizierten Gesamtbedarf besteht aber noch viel Luft nach oben. Der Rat der Stadt Bielefeld hat unter GRÜNER Beteiligung den Ernst der Lage erkannt und geht die Herausforderung aktiv an. Dieser Weg muss

konsequent zu Ende gegangen werden, um den Bedarf kurz- und mittelfristig abdecken zu können. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, haben wir die bestehenden Förderprogramme des Landes weiter optimiert und miteinander verknüpft. Die Rot-GRÜNE Koalition in NRW strebt deswegen eine zeitnahe Aufstockung der Wohnraumförderung um 300 Millionen Euro auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro an.

Aber auch der Bund muss seinen Beitrag leisten, indem er die Kompensationsmittel zur Wohnungsbauförderung ebenfalls aufstockt. Die Verdopplung der Mittel für den Sozialen Wohnungsbau muss der Bund zeitnah umsetzen und den Ländern die Freiheit geben, die Mittel je nach landesspezifischem Bedarf einzusetzen.

Mit der Verbesserung des Wohnraumförderprogramms und der avisierten Aufstockung der Fördermittel haben wir bereits einen wichtigen Baustein in der Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt. Um Wohnraum kurzfristig, insbesondere für Flüchtlinge, zu schaffen, bietet sich der Holzbau als echte innovative und nachhaltige Alternative an. In kurzer Zeit können den aktuellen, unter anderem energetischen, Anforderungen gerechte Wohngebäude gebaut werden, die bei intelligenter Planung variabel sind. Dadurch wird perspektivisch eine bedarfsangepasste Überführung in den Markt des Sozialen Wohnungsbaus ermöglicht. Zudem eignet sich die Holzbauweise hervorragend zur Aufstockung von Bestandsgebäuden.



Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum ist zu einer zentralen Gerechtigkeitsfrage geworden, die nur gesamtstaatlich und durch innovative und flexible Konzepte gelöst werden kann.



Matthi Bolte ist unser Mann in Düsseldorf und netz- und datenschutzpolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion.

Luttersanierung

Eine schwierige Entscheidung

Als 2014 der Rat die Varianten-Entscheidung zur Luttersanierung getroffen hatte, waren wohl alle erleichtert, dass dieser schwierige Prozess abgeschlossen sein würde. Doch jetzt muss neu diskutiert und entschieden werden.

Es hat sich herausgestellt, dass allen bisherigen Variantenüberlegungen Wasserabflussmengen zugrunde lagen, die – wie wir inzwischen wissen – in der Realität knapp 10 Prozent größer sind. Die Datenerfassung erfolgte 2005/2006. Aber erst ein Software-Update im Sommer 2014 und die damit verbundene nochmalige Überprüfung der Daten durch die Mitarbeiter*innen des Umweltbetriebes brachten den Fehler zutage. Das ist höchst ärgerlich – aber wir hatten Glück im Unglück. Die fehlerhaften Daten wirken sich wesentlich auf den zweiten Sanierungsabschnitt von der Teutoburger Straße bis Stauteich I aus, der noch nicht begonnen worden ist.

Die vom Rat beschlossene Sanierungsvariante „integrale Lösung C“ sieht für den zweiten Bauabschnitt eine Inlinersanierung des vorhandenen Lutterkanals vor, um die Platanenallee zu schützen. Das sich dadurch vermindern Durchflussvolumen soll über ein Regenrückhaltebecken (RRB) an der Teutoburger Straße ausgeglichen werden. Für die Genehmigungsfähigkeit ist dabei das sogenannte fünfjährige Regenereignis der Maßstab; das heißt ein solcher Regen muss schadlos innerhalb des Kanalsystems abgeleitet werden können.

Die bislang nicht berücksichtigte Wassermenge kann in dem RRB Teutoburger Straße „aufgefangen“ werden, wenn das Becken doppelt so groß ausgelegt wird. Technisch ist das problemlos machbar. Allerdings kostet mehr Volumen mehr Geld: 4,5 Millionen Euro sind zusätzlich zu veranschlagen.

Sanierungsvarianten

Deshalb war es notwendig, nochmal einen Blick auf die weiteren Sanierungsvarianten zu richten, die seinerzeit geprüft worden waren. Für den zweiten Bauabschnitt kommt immer noch die Variante V4 infrage, also der komplette Neubau des maroden Lutterkanals. Dies bedeutet aber zugleich, dass die Platanenallee nicht erhalten werden kann. Von den 88 Bäumen müssen 55 komplett gefällt. Die verbleibenden 33 müssten erheblich zurückgeschnitten werden, sodass sich ihre Lebensdauer um die Hälfte reduziert.

Schon bei dem damaligen Abwägungsprozess war klar, dass der Neubau des Kanals rein wirtschaftlich betrachtet die günstigste Lösung darstellt. Die Baukosten sind geringer und die Haltbarkeit größer. Im direkten Vergleich zur integralen Lösung C braucht es rund 3,3 Millionen Euro weniger Investmittel.

Hinzu kommt noch, dass die sogenannte „hydraulische Wirksamkeit“ der beiden Varianten mittels einer Überflutungsprüfung konkreter visualisiert wurde. Dieser Überflutungsprüfung liegt ein 30-jähriger Modellregen zugrunde (ein Regenereignis, das also

weit über den gesetzlich nachzuweisenden fünfjährigen Regen hinausgeht). Während ein neu gebauter Kanal (unter Verlust der Platanenallee) auch ein solches 30-jähriges Regenereignis noch fast schadlos abführen kann, muss man bei der Inlinersanierung – und übrigens auch im gesamten ersten Bauabschnitt der Luttersanierung in der Altstadt – mit Überschwemmungen rechnen. Insofern ist das Thema Hochwasserschutz insbesondere in der Innenstadt eines, dem wir uns ohnehin widmen müssen. Dies gilt auch für alle privaten Gebäudeeigentümer*innen, denn hier ist zunächst jede*r für sich selbst verantwortlich.

Verwaltungsvorschlag: Platanen erhalten!

Trotzdem – und das mag auf den ersten Blick überraschen – schlägt die Verwaltung vor, bei der beschlossenen integralen Lösung C zu bleiben. Dafür sind zwei Aspekte ausschlaggebend:

Zum einen ist dies der bisherige Entscheidungsprozess, der als Ziel der Sanierungsplanung die Sicherstellung der schadlosen Abführung eines fünfjährigen Regenereignisses gemäß den rechtlichen Anforderungen verfolgt. Aspekte des vorsorgenden Hochwasserschutzes wurden hier nicht zugrunde gelegt. Sie sind im weiteren Verfahren unabhängig von der konkreten Kanalsanierung zu betrachten.

Zum anderen spielte der Erhalt der Platanenallee von Beginn an eine zentrale Rolle. Die gesamte Alternativenprüfung war geprägt von dem Wunsch, diese wirklich einzigartige Allee für Bielefeld zu erhalten. Dass sie sich in einem innerstädtischen Grünzug befindet und damit in einem dicht bebauten Stadtquartier ihre Qualitäten entfaltet, ist zusätzlich eine Besonderheit. Letztlich wollen wir mit diesem Vorschlag auch unterstreichen, was Bielefelds Lebensqualität maßgeblich auszeichnet: es ist sein großartiges Grün!



Anja Ritschel
ist Erste Beigeordnete
und Umweltsachverständige
der Stadt Bielefeld.

big Juli 2016



Luttersanierung

Platanen erhalten!

Die Kanalsanierung wird teurer, weil es einen Rechenfehler gegeben hat. Trotzdem gibt es gute Gründe, die Allee zu erhalten.

Die notwendige Sanierung des Lutterkanals ist in vollem Gange. Das Regenrückhaltebecken (RRB) unter dem „Park der Menschenrechte“ ist fertiggestellt und auch in der Ravensberger Straße liegt der neue Kanal bereits weitgehend. Kurz vor Vergabe des zweiten Bauabschnitts tauchte jedoch ein Problem auf, das den bereits gefassten Beschluss zur baumerhaltenden Kanalsanierung (durch die sogenannte ‚Inlinerlösung‘) bis zum Stauteich I in Frage zu stellen drohte. Durch einen Rechenfehler, der der Verwaltung bereits seit 2014 bekannt war, wurde das RRB an der Teutoburger Straße zu gering ausgelegt. Es muss nun auf das doppelte der Kapazität erweitert werden, um das notwendige Fassungsvermögen zu erreichen. Technisch ist das unproblematisch, es erhöht jedoch die Kosten der Maßnahme um etwa 4,5 Millionen Euro im Vergleich zum bisherigen Kostenvolumen.

Aus Sicht der „Opposition“ bestand nun die Möglichkeit, das gesamte Sanierungsprojekt erneut zur Disposition zu stellen und längst geführte Diskussionen erneut auf die Tagesordnung zu bringen. Nun wurde plötzlich wieder über eine „offene Bauweise“ des zweiten Abschnitts und damit verbunden das Abholzen der Platanenallee gesprochen. Mit dem (fragwürdigen) Argument „Wir haben es doch schon immer gesagt...“ wurden von CDU, FDP und BfB die Kosten der Sanierung in Frage gestellt, bereits geprüfte und verworfene Varianten erneut aufs Tapet gebracht und der Wert der stadtbildprägenden Platanenallee in Abrede gestellt. Auch die Seriosität der Gutachter, die die hydraulischen Aspekte und den Umfang der notwendigen Wasserabfuhr des Kanals zu berechnen hatten, stellte die Opposition in Abrede. Obwohl die Verwaltung alle Fragen beantworten konnte und auch vonseiten der zuständigen Behörde (Bezirksregierung Detmold) die Genehmigungsfähigkeit der (baumschonenden) Sanierungs-Variante C bestätigt wurde, versuchten die drei genannten Fraktionen alles, um eine Entscheidung zu verzögern. Neue Nahrung erhielt dieser Versuch durch die Veröffentlichung einer Simulation über die möglichen Folgen eines sogenannten 30jährigen Hochwasserereignisses im (innerstädtischen) Verlauf der Lutter. Hierdurch wurde deutlich, dass eine Verbesserung der derzeitigen Situation durch die gewählte Inliner-Sanierung (Stabilisierung und Auskleidung des bestehenden Kanals durch eine Kunststoffschale) nicht erreicht wird. Obwohl es nicht

ihre Aufgabe ist, einen vorsorgenden Überflutungsschutz für solche Ereignisse zu betreiben, wird die Verwaltung nun in den nächsten Monaten in Gespräche mit betroffenen Hausbesitzern treten, um frühzeitig nach sinnvollen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Kritik an Verwaltung und klare Positionierung der GRÜNEN

Die GRÜNEN kritisierten zwar die Informationspolitik der Verwaltung und forderten für künftige Vorkommnisse ein besseres Krisen- und Informationsmanagement. Eine Reihe von Fragen nach Ursachen und finanziellen Auswirkungen des Rechenfehlers, die die GRÜNEN eingereicht hatten, wurde von der Fachverwaltung umfassend beantwortet. Nach einer intensiven Abwägung der eingetretenen Situation, der Optionen sowie der Finanzierung des Mehrbedarfs, bestätigten sie ihre Position für die baumerhaltende Sanierungsvariante. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im JZ Niedermühlenkamp stellte sich Fraktionsvorsitzender Jens Julkowski-Keppler Anfang Juni den Fragen und Anregungen der Bürger*innen. Dabei kamen auch die engagierten Menschen zu Wort, die sich bereits seit Monaten mit Unterschriftensammlungen, einer Online-Petition sowie weiteren Aktivitäten für den Erhalt der stadtbildprägenden Platanenallee einsetzen. Am 16. Juni übergaben Schüler*innen des Helmholtz-Gymnasiums 6.580 Unterschriften an OB Clausen, weitere 1.780 Bürger*innen hatten bis zu diesem Zeitpunkt eine Online-Petition zum Erhalt der Platanen unterzeichnet. Ein tolles Engagement für unsere grüne Großstadt!



**Gerd-Peter Grün und
Klaus Rees**
sind Mitglieder
der GRÜNEN Ratsfraktion

Juli 2016 big

Cem Özdemir in Bielefeld

GRÜNE Haltung im Fokus

Im Juni hat der Parteivorsitzende Cem Özdemir Bielefeld besucht. Sein Programm begann mit den Stadtentwicklungstagen und endete mit einer Podiumsdiskussion.

Wenn Cem Özdemir Bielefeld besucht, muss er mit Geflüchteten sprechen, hat sich Nebahat Pohlreich wohl gedacht und den Parteivorsitzenden zum Gespräch eingeladen. Die Geflüchteten nehmen derzeit an einem Deutschkurs teil, den der „Verein für zeitgenössisches Leben e.V.“ seit einigen Wochen in seinen Räumen durchführt. Nachdem Cem sich vorgestellt und die Position der GRÜNEN zur Integration von Geflüchteten erläutert hatte, war Raum für Diskussion, den die Menschen aus Syrien, Irak und Afghanistan gerne nutzten. Die meisten von ihnen sorgen sich um Angehörige, die noch im Bürgerkrieg leben müssen oder in Flüchtlingslagern darauf warten, weiterreisen zu können. Das Thema „Familienzusammenführung“ ist aber auch in Deutschland ein Thema: Auch hier wurden viele Familien getrennt, die nun mühsam versuchen, in einer Stadt zusammenleben zu können.

Weitere Themen waren die unbefriedigenden Unterbringungsbedingungen, fehlende Sprachkurse und Beschäftigungsmöglichkeiten. Cem und auch Klaus Rees, der für die Ratsfraktion an dem Gespräch teilnahm, hörten sehr aufmerksam zu und versprachen, die Themen in ihren Gremien anzusprechen. Cem fasste abschließend zusammen: „Deutschland ist gut aufgestellt, es fehlt jedoch das Geld für mehr Sprachkurse und Integrationsmaßnahmen. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Wir werden die Möglichkeiten nutzen, die wir durch die Regierungsbeteiligungen in den Bundesländern haben!“

Treffen mit der Gesellschaft ezidischer Akademiker

Cem fand auch Zeit für ein Gespräch mit Vertreter*innen verschiedener jesidischer Vereine, die mit ihm über die Situation der durch den IS aus dem Singhal-Gebirge vertriebenen Menschen reden wollten. Immer noch leben viele tausend von ihnen in schlechten Bedingungen in Flüchtlingslagern im Nordirak, vor allem für traumatisierte Frauen ist die Situation unerträglich. Zur Sprache kam aber auch der Überfall auf jesidische Geflüchtete durch Tschechen in der Nähe des „Oldentruper Hofes“.

GRÜNE Haltung in Zeiten des Umbruchs

Die GRÜNE Haltung - über nichts Geringeres wollten wir mit Cem bei seinem letzten Termin in Bielefeld sprechen. Über 200 Gäste waren unserer Einladung in die Stadtbibliothek gefolgt. Der Veranstaltungsraum platze schier aus allen Nähten. Angekündigt war eine Generaldebatte. Moderatorin Silvia Bose sorgte dafür, dass möglichst viele Fragen und Statements von den Gästen einfließen. Die hatten schon vor Beginn der Diskussion ihre Anregungen auf Karten einreichen können.

Nur wenige Tage nach der historischen Bundestagssitzung war aber schnell klar, dass das zentrale Thema die Resolution zum Völkermord an den Armenier*innen war. Cem verdeutlichte die große Bedeutung dieser Resolution, die auch die deutsche Duldung der Verbrechen thematisiert. Die Auswirkungen, die für ihn persönlich und für das Verhältnis Türkei-Deutschland durch die Resolution entstanden sind, waren im Raum förmlich spürbar: Cem war mit Personenschutz angereist, die Polizei überwachte den Eingang zum Veranstaltungsraum und schließlich stellten Kritiker*innen



hitzig in Frage, dass der Bundestag für dieser Frage zuständig ist, und kritisierten, dass die Geschehnisse in den Jahren 1916 und 1916 als Völkermord eingestuft sind.

Weitere Themen der Debatte, die auch seitens des Publikums immer wieder aufgegriffen wurden: Wie kann der aktuell um sich greifenden Menschenfeindlichkeit, wie kann Parteien wie der AfD begegnet werden? Deutlich wurde, dass diese Fragen eng verknüpft sind mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Hierzu formulierte Cem eine klare Position: Die GRÜNEN sollen sich seiner Ansicht nach nicht in Steuerfachfragen verlieren, da Umverteilung nur ein Instrument ist. Wichtig sei vor allem Teilhabemöglichkeiten zu schaffen, zum Beispiel was den egalitären Zugang zu Bildung angeht.



Lisa Waimann
ist Geschäftsführerin des GRÜNEN Kreisverbandes.

Klaus Rees
ist Geschäftsführer der GRÜNEN Ratsfraktion und Ratsmitglied.

Kurz berichtet

Draußen vor der Tür

Was gibt's Neues von Seiten der Kommunalpolitik? Altbekannt sind die Diskussionen zum Thema Leistungsverträge - alle zwei Jahre wird wieder verhandelt. Neu hingegen ist die pädagogische Architektur der Rosenhöhe, die das altbekannte Klassenraumsystem ablöst. Ebenfalls viel Neues bestaunte auch die Fraktion beim Besuch des Hochschul-Campus. Aber lest selbst ...

„Alle Jahre wieder: LuF“

Joachim Hood: In den letzten Monaten haben wir uns im Fraktionsarbeitskreis Soziales mit den Verhandlungen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) mit den freien Trägern auseinandergesetzt. Diese stellen die umfangreichen Leistungen der freien Träger in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und den vielschichtigen Beratungsangeboten in unserer Stadt sicher. Schon im September 2015 haben wir als Koalition den Auftrag an die Verwaltung erteilt, das bewährte System der LuF für die nächste Vertragsperiode (2017-2019) weiterzuentwickeln und damit Planungssicherheit für Träger und Stadt zu gewährleisten. In dialogischen Gesprächen zwischen Verwaltung und Trägern sollten neben einigen inhaltlichen Aufträgen und vertraglichen Eckpunkten (Sicherung des derzeitigen Budgets, Steigerung von bis zu 2 Prozent pro Jahr für die Personalkosten) die entsprechenden Beschlüsse vorbereitet werden.

Nach intensiven Gesprächen in den Ausschüssen und mit den freien Trägern können wir mit der kommenden Ratssitzung die nächste Vertragsperiode auf den Weg bringen. Dabei haben wir uns neben inhaltlichen Konkretisierungen geeinigt, die tariflichen Personalkostensteigerungen (Tarifabschlüsse im TVöD) für das Jahr 2017 (2,35 Prozent) zu übernehmen und die noch ausstehenden weiteren Tarifabschlüsse in den anstehenden Haushalten darzustellen.



Architektur für die inklusive Schule

Andreas Lasche: Die Gesamtschule Rosenhöhe wurde als Preisträgerschule mit bundesweit vier anderen Schulen von der Montag Stiftung ausgewählt. „Inklusive Schulen planen und bauen“, so das Thema des Wettbewerbs. Mit bis zu 100.000 Euro kann die Rosenhöhe jetzt in die Planung einer pädagogischen Architektur eintreten. Weg vom Klassenraumprinzip aus dem 19. Jahrhundert hin zu gelebten Lernorten. Die Rosenhöhe hat schon in den letzten Jahren im siebten Jahrgang das Klassenraumprinzip zu Gunsten eines Clusters von aneinander gegliederten Räumen und Plätzen aufgegeben. Flure wurden einbezogen und Wände entfernt. Jetzt gibt es Möglichkeiten, in kleinen Gruppen in Einzelarbeit oder im Plenum zu arbeiten und den Lernprozess effektiv mitzugestalten.

Die Rosenhöhe macht deutlich: Dieses pädagogische Konzept braucht eine pädagogische Architektur. Und auf dem Weg dahin hat die Schulleiterin, Claudia Hoppe, alle mit einbezogen: die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer, das Schulamt und die Schülerinnen und Schüler. Das ist ganz in unserem Sinne. Mit dem Einstieg in die Inklusion hat sich die Heterogenität in den Klassen stark erhöht. Schülerinnen und Schüler müssen heute differenziert betreut und gefördert werden. Dafür sind sowohl bessere Personalschlüssel als auch angemessene räumliche Bedingungen zu schaffen. Die Gesamtschule Rosenhöhe hat sich auf den Weg gemacht, diese Anforderungen zu bewältigen.

Fraktion besucht Hochschul-Campus

Klaus Rees: Am 23. Mai hat die Ratsfraktion mit mehr als 20 Teilnehmer*innen den neuen Hochschul-Campus auf der Langen Lage besucht. Dort sind seit Beginn des Wintersemesters 2015/16 die Fachbereiche Ingenieurwissenschaften und Mathematik, Sozialwesen, Wirtschaft und Gesundheit sowie die zentralen Einrichtungen der Fachhochschule Bielefeld untergebracht.

Die neugewählte Präsidentin, Prof. Dr. Ingeborg Schramm-Wölk, ließ es sich nicht nehmen, die interessierten Besucher*innen zu begrüßen und durch die Räume des beeindruckenden Gebäudes zu führen. Mit 15 Hörsälen und mehr als 200 Seminarräumen, einer großzügigen Bibliothek mit Lernzentrum sowie einer Cafeteria bietet es alles, was die 7.000 Studierenden benötigen. Insbesondere die Experimentierhalle mit einer lichten Höhe von 16 Metern bietet den technischen Fachbereichen zahlreiche Möglichkeiten für praxisbezogene Tests oder Versuchsaufbauten. Der Kontakt zu den Schulen wird weiterhin nicht zu kurz kommen. Auch hierfür gibt es geeignete Räume. Themen der Diskussion waren ein Mobilitätskonzept für den Uni- und Hochschul-Campus, das Konzept „Wissenschaftsstadt Bielefeld“, aber auch Studienangebote der FH für Geflüchtete.

Die Fraktion ist beeindruckt: Die neue Bibliothek zeigt sich hell und offen und wird von den Student*innen gut angenommen.

Ausbaufähig: Das Teilhabegesetz

Jens Burnicki: Unsere GRÜNE Fraktion versteht sich als Anwältin aller Menschen mit Behinderungen in Westfalen-Lippe. Deswegen fordern wir unter anderem, dass das Wunsch- und Wahlrecht gestärkt und nicht eingeschränkt wird. Zu einer selbstbestimmten Teilhabe gehört, dass die berechtigten Wünsche des Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden und nicht die Kosten das primäre Auswahlkriterium darstellen. Einkommen und Vermögen sollen nicht mehr zur Finanzierung von Hilfsleistungen herangezogen werden. Dies gilt sowohl für die Menschen mit Behinderungen als auch für ihre Familien und Ehepartner*innen. Behinderung darf nicht arm machen.



Manuela Grochowiak-Schmieding (MdL), Martina Müller (LWL), Corinna Ruffer (MdB), Jens Burnicki (LWL), Karen Haltaufderheide (LWL), Gertrud Welper (LWL) auf der Fachtagung der Bundestagsfraktion „Gleichberechtigt und Selbstbestimmt? Was bringt das neue Teilhabegesetz?“ in Berlin.

Durch das neue Gesetz dürfen keine neuen Zugangshürden geschaffen werden, die Menschen mit Behinderungen ausschließen. Im Gegenteil: Für eine Verbesserung der Vermittlung und des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sind ausreichende Mittel bereitzustellen. Das Arbeitseinkommen (auch in den Werkstätten) ist in Höhe des Mindestlohns abzusichern. Arbeitgeber*innen sind wirksamer zur Beschäftigung von behinderten Arbeitnehmer*innen zu verpflichten. Dabei darf die Verwertbarkeit von Arbeitsleistungen nicht im Vordergrund stehen. Die Schwerbehindertenvertretungen in Unternehmen müssen gefördert und die Mitbestimmungsrechte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ausgebaut werden. Wir hoffen, dass wir mit unseren Forderungen bei den anderen LWL-Fraktionen auf offene Ohren stoßen und wir mit allen Fraktionen des Schwesterverbandes Rheinland (LVR) eine gemeinsame Resolution auf den Weg bringen. Bisherige, mühselig erkämpfte Errungenschaften – gerade auch von den Verbänden – dürfen durch das neue Bundesteilhabegesetz nicht gefährdet werden.



Schulentwicklung

Neue Schulen für Bielefeld

Der Schulausschuss hat zwei Anträge für neue Schulen in Bielefeld auf den Weg gebracht – mit großen Mehrheiten.

Gerd-Peter Grün: Hauptschulen verlieren immer mehr Schüler*innen: Von ehemals sieben Hauptschulen wurden beziehungsweise werden alle Hauptschulen auslaufend geschlossen. Diese Schulform ist schlicht nicht mehr gefragt. Nun werden die Schüler*innen aber nicht weniger. In dieser Situation bietet das Land NRW zwei Auswege: Entweder die Schüler*innen gehen auf Realschulen und Gesamtschulen und machen dort gegebenenfalls den Hauptschulabschluss. Diese Möglichkeit eröffnet das neue Schulgesetz. Oder der Schulträger gründet aus einer Real- und einer Hauptschule eine Sekundarschule, in der Kinder mit verschiedenen Schulempfehlungen gemeinsam von der 5. Klasse bis zur 10. Klasse unterrichtet werden. Dort können Schüler*innen einen Hauptschulabschluss oder einen Realschulabschluss auch mit Q-Vermerk erwerben, der für das (Fach-)Abitur qualifiziert. Das Land NRW möchte das längere gemeinsame Lernen fördern und hat daher die Sekundarschule besser mit Stellen ausgestattet. Bisher hatte sich aber noch keine städtische Realschule auf den Weg zur Sekundarschule gemacht. Das hat sich jetzt geändert. Die Borse-Realschule und die Brodhagenschule (Hauptschule) haben Interesse bekundet. Und die Politik hat die Zeichen der Zeit erkannt: Alle Fraktionen außer der FDP befürworten die Sekundarschule.

Der Standort der Baumheideschule (Hauptschule) soll nach dem Willen der Politik erhalten bleiben. Eine Sekundarschule kann hier leider nicht gegründet werden, weil eine Realschule als Partnerin fehlt. Deshalb soll hier eine Realschule gegründet werden, die dann die unterschiedlichen Schüler*innen aufnehmen kann. Dieser Beschluss wurde sogar einvernehmlich zwischen allen Parteien gefasst. Ein starkes Signal. Wir hoffen, mit diesen Beschlüssen auch die Bielefelder*innen und insbesondere die Schüler*innen und ihre Eltern zu überzeugen.

Online-Check

NRW gestaltet die digitale Verwaltung

Die GRÜNE Landtagsfraktion veranstaltete mit rund 600 Menschen einen Das digitale Musterland Estland zeigt es: Der Verwaltung kommt bei der digitalen Transformation der Gesellschaft die Rolle des Top-Runners zu. Deshalb wird es Zeit, die Verwaltung bei der Digitalisierung zu unterstützen.



Köln und Bonn siegen beim zweiten Online-Check

Nach einem ersten erfolgreichen Test vor zwei Jahren hat die GRÜNE Landtagsfraktion auch in diesem Jahr wieder die Internetangebote aller 396 Kommunen in NRW getestet. Wir machen dadurch gute Beispiele sichtbar und motivieren Kommunen, ihren Bürger*innen im Netz mehr zu bieten.

Bielefeld hat in unserer Untersuchung gegenüber 2014 leicht verloren und erreicht jetzt nur noch Platz 17 mit 25 von 40 möglichen Punkten. Die Sieger sind Köln und zum zweiten Mal die Bundesstadt Bonn. Bewertet wurden die Kategorien Bürgerservice, Beteiligung und Transparenz.

Im Bereich Bürgerservice haben die Abgeordneten unter anderem analysiert, welche Verwaltungsvorgänge sich online erledigen lassen, etwa die Reservierung eines Wunschkennzeichens oder die Anmeldung eines Hundes. Bei der Beteiligung war ein verbreitetes Instrument das Anliegenmanagement. Hiermit können Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel defekte Straßenlaternen melden. Die Transparenz schließlich wurde danach bewertet, welche Daten – von der Ratsvorlage bis zur Straßenbaumaßnahme – öffentlich zugänglich sind. Besonders erfreulich: Die Zahl der Kommunen, die eigene Open Data Angebote vorhalten, hat sich deutlich erhöht. Diese Entwicklung lässt sich tendenziell in allen Bereichen und in allen Kommunen konstatieren. Lediglich das Tempo der Entwicklung ist unterschiedlich schnell.

E-Government Gesetz schafft neuen Rahmen

Vom Landtag aus unterstützen wir den digitalen Wandel der Verwaltung nach Kräften. Anfang Juli wurde das E-Government Ge-

setz NRW verabschiedet. Es schafft erstmals einen verbindlichen Rahmen für die elektronische Verwaltung in NRW. So werden kurzfristig alle Verwaltungsvorgänge auf Schriftformerfordernisse überprüft und elektronische – auch verschlüsselte – Kontaktmöglichkeiten zur Verwaltung aufgebaut werden. Innerhalb der nächsten fünf Jahre wird die Aktenführung in weiten Teilen der Landesverwaltung auf die elektronische Akte umgestellt, was zu erheblichen Erleichterungen im Prozess führen wird. Mittelfristig sollen sogar alle Verwaltungsprozesse elektronisch optimiert und dadurch schneller und effizienter abgewickelt werden.

Aktuelle Studien belegen, dass die Modellprojekte für kommunale E-Government Strategien einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung bis zum heutigen Tag geleistet haben. Im nächsten Schritt wird es aber darum gehen, die Digitalisierung der Verwaltung in die Fläche zu tragen. Der öffentliche Sektor ist der Motor für die Digitalisierung der Gesellschaft, wie es das Paradebeispiel Estland zeigt. E-Government spart mittelfristig Geld und vor allem Zeit für Bevölkerung und Unternehmen. Die estnische Regierung gibt an, dass die estnische Bevölkerung durch E-Government eine Woche Zeit pro Jahr einsparen kann. Diesen Schatz wollen wir auch für die Bürger*innen in NRW zu heben.

Parallel zum Beschluss des E-Government Gesetzes, das im Wesentlichen Regelungen für die Landesverwaltung trifft, haben wir auch ein Förderprogramm für kommunales E-Government auf den Weg gebracht. Neben den genannten Umstellungsprozessen sollen über dieses Programm auch kommunale Open Data Strategien, innovative Formen der elektronischen Bürgerbeteiligung und anwenderfreundliche Lösungen zur besseren Bürgerinformation unterstützt werden. Die Landesregierung wird den entsprechenden Projektauftrag Anfang 2017 vorlegen.



Völkermord gedenken

Am 2. Juni hat der Bundestag fraktionsübergreifend anerkannt, dass es sich bei den Massakern an den Armenier*innen in den Jahren 1915 und 1916 um einen Völkermord handelte und es auch eine deutsche Mitverantwortung daran gab. Der gemeinsame Antrag von CDU/CSU, SPD und Grünen, den auch die Linke unterstützt hat, gedenkt der Opfer des Völkermords an den Armenierinnen und Armeniern sowie anderen christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich. Er ist auch eine Geste gegen das Vergessen und für eine Wiederannäherung zwischen Armenien und der Türkei. „Dass wir damals Komplizen waren, darf nicht heißen, dass wir heute Komplizen der Leugner werden“. Richtige und wichtige Worte aus der viel beachteten Rede von Cem Özdemir.

Seit der Verabschiedung des gemeinsamen Antrags werden Bundestagsabgeordnete beleidigt und bedroht. Insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen mit türkischem Hintergrund werden massiv angefeindet und persönlich bedroht. Diese Drohungen sind unerträglich und jeder Angriff auf eine/n Abgeordnete/n ist ein Angriff auf das gesamte Parlament und unsere parlamentarische Demokratie. Wir Bundestagsabgeordnete stehen zusammen. Wir lassen uns nicht von der Hetze Erdogans einschüchtern. Der Bundestagspräsident hat dazu deutliche Worte gefunden. Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Erneuerbare ausgebremst

Die Bundesregierung hat eine weitere EEG-Novelle auf den Weg gebracht. Ziel ist eine weitere Deckelung der Erneuerbaren Energien. Den Klimaschutz hat die Bundesregierung offensichtlich längst zu den Akten gelegt. Wer die Vereinbarungen der Weltklimakonferenz von Paris ernst nimmt, muss ehrgeizig sein in Sachen Klimaschutz. Das ist diese große Koalition nicht.

Wieder ist zu befürchten, dass das EEG im parlamentarischen Verfahren im Eiltempo durch das Parlament gepeitscht wird. Der Gesetzentwurf umfasst 300 Seiten. Innerhalb von wenigen Stunden nach Einbringung in den Bundestag sollen Wissenschaftler*innen und Expert*innen die 300 Seiten EEG-Novelle bewerten. Wir Parlamentarier*innen können Gesetze vor ihrer Verabschiedung so nicht mit der nötigen Sorgfalt überprüfen.

Wir werden uns gegen eine EEG-Novelle zur Wehr setzen, die die erneuerbaren Energien vor die Wand fährt. Substanzielle Nachbesserungen sind notwendig. Der 45-Prozent-Deckel für Ökostrom bis 2025 muss weg. Zudem brauchen wir jährlich mehr und nicht weniger Windkraftausbau an Land, eine Wiederbelebung des Photovoltaik-Ausbaus auf Dächern sowie eine Perspektive für die Bioenergien. Die Idee, den

Windkraftausbau in Netzengpassgebieten zu drosseln, muss vom Tisch. Und nicht zuletzt müssen substanzielle Verbesserungen für die Bürgerenergien her, damit aus dem verkorkten Gabriel-EEG doch noch ein akzeptables Gesetz werden kann. Mehr dazu unter <https://www.gruene-bundestag.de/themen/energie>



CSD in Bielefeld

Am 11. Juni haben wir in Bielefeld mit vielen Menschen den CSD gefeiert. Wir haben für Gleichstellung, Akzeptanz und eine offene und tolerante Gesellschaft demonstriert. Es ging darum, zu zeigen, wie vielfältig unsere Gesellschaft ist. Es war eine bunte Parade, die Vielfalt sichtbar machte und zugleich eine Demonstration gegen Homophobie und Menschenfeindlichkeit.

Es war auch ein lautstarkes Signal in Richtung Rechtspopulist*innen und radikalen Extremist*innen: „Wir wollen weder die Gesellschafts- und Familienpolitik in die 1950er zurückdrehen, noch lassen wir uns unsere Freiheit nehmen.“

Menschen sind unterschiedlich und alle Menschen verdienen in ihrer Unterschiedlichkeit Respekt und Akzeptanz. In 76 Ländern ist Homosexualität immer noch verboten, in sieben Ländern droht sogar die Todesstrafe. Und leider sind Hass und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender auch in offeneren Gesellschaften immer noch Alltag. Das entsetzliche und feige Massaker von Orlando einen Tag nach dem Bielefelder CSD hat uns das auf schmerzlichste Weise vor Augen geführt. Es richtete sich explizit gegen die Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und queeren Menschen.

Wir alle müssen uns Hass und Gewalt gegen Menschen entgegenstellen. Wir streiten weiter für eine offene Gesellschaft, in der die Menschen in ihrer Vielfalt nicht nur toleriert, sondern akzeptiert werden. Für eine offene Gesellschaft, in der ALLE sichtbar und selbstbestimmt leben können, ohne Angst haben zu müssen. Wir lassen uns unsere Freiheit nicht nehmen und stehen gemeinsam gegen Homophobie und Menschenfeindlichkeit.

Britta Haßelmann

big Juli 2016



CSD Bielefeld

Homophobie den Laufpass geben

Am 11. Juni war es wieder soweit. Der sehnlichst erwartete Bielefelder Christopher Street Day stand vor der Tür!

Endlich konnte ich wieder in mein knallig pinkes Kleid aus Abi-Zeiten hüpfen und mich wie eine Prinzessin fühlen, ohne fürchten zu müssen, was andere von mir denken oder halten würden. Mit pinken Fußballschuhen, Diadem und ein klein wenig Rückenfreiheit ging es nun also auf die Straße.

Er GRÜNE beim CSD!

Unter dem Motto „Angekommen?! Für das Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung“ zogen wieder einmal alle coolen Institutionen (naja okay die FDP war auch dabei), unter der Regenbogenflagge vereint und von rund 2.000 Schaulustigen bestaunt, durch #Liebefeld um sich für eine buntere, friedlichere und solidarischere Welt einzusetzen. Neben unserer #Power-Britta, die auf dem Siggie wie gewohnt eine fesselnde Rede schwang, habe ich mich auch sehr über #Matthis Unterstützung gefreut! Dass #Fabian, unser mit Abstand aktivstes #Einhorn im Stall, mit von der Partie war, hat natürlich niemanden überrascht. Das beste Outfit, hatte nicht ich, sondern aus meiner Sicht klar #Klaus! „Nazis essen heimlich Döner“, zierte sein schwarzes figurbetontes T-Shirt - top! Dass #ArndtKlocke wirklich kurzfristig meiner Einladung nachkam, um dem Bielefelder CSD und unserem Kreisverband erneut einen Besuch abzustatten, hat mich gefreut. Außerdem habe ich dank ihm nun auch endlich mal ein DB Fahrrad in freier Wildbahn gesehen. Dank des Ein-Mann-CSD-Vorbereitungsteams, also #Dominic, wurden auch weniger ausgefallene gekleidete grüne „Mitläufer*innen“ aufgepeppt. Den Infostand rockte unser #Vorstand sowie unsere Geschäftsführung, während ich mich mit vielen potentiellen Wähler*innen unterhielt. Ich betrank, den Kontakt austauschte und diese in eigener Sache mit dekorativen Stickern schmückte, um die Nachricht hinauszutragen, dass wir GRÜNEN da sind und nicht eher gehen, bis wir eine Welt geschaffen



haben, die wir getrost nachfolgenden Generationen hinterlassen können.

Bestürzung über Attentat

Aus diesem wundervollen Hochgefühl, stürzte ich dann, wie viele andere von uns auch, in ein tiefes Loch voller Trauer und Wut, als Sonntag die Nachricht über den abscheulichen Anschlag in Orlando verkündet wurde. Es war ein Anschlag auf einen Club der homosexuellen Szene, der nicht nur in der Stadt, sondern auch weit über diese hinaus bekannt war. Er galt als bunt und zudem auch als sicherer Rückzugsort. So etwas kann ich nicht verstehen...

Laut neuester Umfrage finden 40 Prozent der Deutschen es ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Doch wisst ihr was wahrlich ekelhaft ist? Es ist ekelhaft, dass so viele Anschläge passieren. Es ist ekelhaft, dass viele dieser in der Flut medialer Informationsübertragung untergehen. Es ist ekelhaft, dass dieser Anschlag ausschließlich homosexuelle Menschen treffen sollte. Es ist ekelhaft, dass dieser Anschlag medial und zu Wahlkampfzwecken abscheulicher kaum hätte missbraucht werden können. Es ist ekelhaft, dass dieser Anschlag verzerrt und die Hintergründe verschleiert werden, um Hass gegen den Islam zu schüren, statt zu betonen, dass der Täter aller Wahrscheinlichkeit nach selbst homosexuell war. Es ist ekelhaft, dass trotz so vieler Nationen und Städte, die sich solidarisch zeigten, die #Bundesregierung dennoch nicht ihren homophoben Hintern hoch bekommt und

Farbe bekennt. Es ist ekelhaft, dass nun eine Art homophober Shitstorm losgelöst wurde. Es ist ekelhaft, dass in der Öffentlichkeit Menschen aufgrund ihrer Sexualität beschimpft, bespuckt und benachteiligt werden und zu wenige eingreifen. Es ist ekelhaft, dass dies auch in unserem „aufgeklärten Deutschland“ passiert.

Angesichts dessen müssen wir GRÜNE nun weiterhin mit allem Selbstbewusstsein, das wir haben, für Vielfalt und Freiheit kämpfen und uns den Gegner*innen der Vielfalt und Freiheit entschlossen entgegenstellen. Das sind wir den Opfern von Mord und Gewalt, das sind wir den Toten von Orlando schuldig. Fangen wir also nun bei unseren jüngsten an und lehren ihnen, dass ehrliche #Liebe und #Mitgefühl in dieser Welt das vollkommenste ist und uneingeschränkte #Freiheit das heiligste ist. Damit Menschen unabhängig ihrer Religion, Abstammung und Sexualität oder ihres gesellschaftlichen Status die Freiheit haben ein glückliches und friedvolles Leben zu führen.

Zu guter Letzt noch ein passendes Zitat Mahatma Gandhis: „Wo Liebe wächst, gedeiht Leben, wo Hass aufkommt droht Untergang“.



Dominik Schnell engagiert sich in der GRÜNEN Jugend Bielefeld und ist Mitglied des Kreisvorstandes.

Juli 2016 big



TERMINE

REGELMÄSSIGE GRÜNE TERMINE:

Café International

jeden 1. Samstag im Monat, 11.00-14.00 h
im KV-Büro
Infos: jens.burnicki@gruene-bielefeld.de

AG Cradle to Cradle

Infos: info@gruene-bielefeld.de

AG Europa

Termine im Kalender
Infos: michael.gorny@gruene-bielefeld.de

Frauengruppe

jeden 3. Samstag im Monat, 11.00 h im
KV-Büro

AG Migration

Infos: jens.burnicki@gruene-bielefeld.de

AG Mobilität

Infos: gruene@dominic-hallau.de

AG Public Relations

14tägig mittwochs, 20.00 h im KV-Büro

AG Sozialpolitik

Termine im Kalender
Infos: info@gruene-bielefeld.de

... UND IMMER MONTAGS:

16.30-18:00 h, Arbeitskreise der Fraktion
18.00-19.30 h, Fraktionssitzung
(Sitzungen finden im Alten Rathaus statt,
entweder im Fraktionsbüro
oder im Nahariya-Raum)

Aktuelle Termine

auch unter www.gruene-bielefeld.de

AKTUELLE TERMINE:

So, 10.07., 9.00 h

**GRÜNE Sommeraktion – Vogelkundlicher
Spaziergang durch die Johannisbachau**
(Treffpunkt Parkplatz am Viadukt)

Mi, 27.07., 16.00 h

Kleidertauschbörse für Groß und Klein
in Kooperation mit Transition Town Bielefeld
und dem Welthaus Bielefeld (Rathaus)

Sa, 30.07.

**GRÜNE Sommeraktion – Kunst? Kann ich
nicht! Von wegen: Holzschnitt mit
Theo Rotermund** (Details folgen)

Sa, 13.08., 11.00-15.00 h

**GRÜNE Sommeraktion – Kunst? Kann ich
nicht! Von wegen: Malen mit
Elisabeth Lasche** (Details folgen)

Sa, 27.08., 18.30 h

GRÜNES Sommerfest im Bauerngärtchen
(Kirchdornbergerstr. 79)

Mo, 29.08.

Toni Hofreiter in Bielefeld

16.30 h: GRÜNE Fraktion vor Ort –
Hofrundgang mit anschließender Diskussion
auf Gut Wilhelmsdorf (Eckardtsheim)
**Abends: Lesung aus „Fleischfabrik Deutsch-
land“** (Details folgen)

Fr, 02.09., 19.00 h

Hausparty Kavalleriestr.

Mi, 26.10., 19.00 h

**Mitgliederversammlung
vor dem Bundesparteitag** (kulturpunkt)